

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Petra Pau
und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/2274 –**

Abschiebungen mit ausländischen Fluggesellschaften

Nach Informationen des Erlanger Infobüros gegen Rassismus wurde M. D. nach 20 Jahren Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland mit der slowenischen Fluggesellschaft „Adria Airways“ in die Türkei abgeschoben. Diesen Informationen zufolge wurde er vom Bundesgrenzschutz dem Sicherheitsdienst der Fluglinie übergeben. Die Abschiebung erfolgte über Ljubljana, wo es einen mehrstündigen Transitaufenthalt gegeben habe, bei dem M. D. in einem separaten Raum vom Sicherheitsdienst festgehalten worden sei. Die Ankunftszeit in Istanbul sei 2 Uhr nachts gewesen, was sowohl Bekannte als auch Vertreter des türkischen Menschenrechtsvereins IHD davon abgehalten habe, M. D. zu empfangen.

1. Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Menschen in den Jahren 1998 und 1999 mit ausländischen Fluggesellschaften und deren Sicherheitsdiensten abgeschoben wurden, ohne dass deutsche Polizeibeamte oder Beamte des Bundesgrenzschutzes den Flug begleitet haben? (Bitte nach Datum der Abschiebung, Kosten der Abschiebung, Anzahl der Personen, Alter, Geschlecht und Herkunftsland der Personen, Name und Herkunftsland der Fluggesellschaft, Reiseroute und Ankunftszeit des Fluges einzeln aufführen.)

Im Jahr 1998 wurden 9 286 ausländische Staatsangehörige in Begleitung von Sicherheitspersonal der Fluggesellschaften sowie ausländischen Polizeikräften rückgeführt. Hierfür wurden ca. 3 093 TDM aufgewendet.

Im Zeitraum vom 1. Januar 1999 bis zum 30. September 1999 wurden 3 951 ausländische Staatsangehörige durch die o. a. Sicherheitskräfte rückgeführt. Die Kosten hierfür beliefen sich auf ca. 1 429 TDM.

Darüber hinausgehende Angaben kann die Bundesregierung nicht machen.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 13. Dezember 1999 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

2. Ist der Bundesregierung bekannt, ob es in den einzelnen Bundesländern Planungen gibt, Abschiebungen in Zukunft grundsätzlich mit ausländischen Fluggesellschaften durchführen zu lassen und wenn ja,
 - in welche Länder soll mit ausländischen Fluggesellschaften ohne Begleitung von deutschen Beamten abgeschoben werden,
 - mit welchen Fluggesellschaften wurden Vereinbarungen getroffen oder sollen Vereinbarungen getroffen werden,
 - wie viel Geld ist dafür in den jeweiligen Haushalten für das Jahr 2000 vorgesehen?

Für etwaige Planungen von Maßnahmen im Sinne der Fragestellung liegt die Verantwortung ausschließlich bei den Ländern. Die Bundesregierung beantwortet derartige Fragen grundsätzlich nicht.